

Institut für Strategieanalysen (ISA)

DEMOKRATIERADAR WELLE 3

Bürgerbeteiligung

Executive Summary

Katrin Praprotnik und Peter Filzmaier
unter Mitarbeit von Daniela Ingruber

Wien, im November 2025

AUTOR UND AUTORINNEN

Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier

ist Professor für Politikwissenschaft an der Karl-Franzens-Universität Graz und der Universität für Weiterbildung Krems sowie geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien.

Einen vollständigen Tabellenband der Studie finden Sie unter <https://strategieanalysen.at>

Dr.ⁱⁿ Katrin Praprotnik

ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Karl-Franzens-Universität Graz sowie am Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien.

Dr. ⁱⁿ Daniela Ingruber

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien.

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG4

2. ECKDATEN DER UNTERSUCHUNG....5

3. ZENTRALE ERGEBNISSE6

Impressum.....17

1. EINLEITUNG

Das Institut für Strategieanalysen (ISA) hat im Auftrag des Landes Niederösterreich den **Demokratieradar | Welle 3** durchgeführt.

Der Demokratieradar versteht sich als **Teil des Projektes Bürgerbeteiligung**. Im Rahmen dessen erfolgen auch die Durchführung der jährlichen Studien Repräsentativbefragung und Befragung der Schülerinnen und Schüler. Diese Studien werden – wie auch die zweimal jährlich durchgeführten Studien des Demokratieradars – federführend von Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier (Leitung) und Dr. Katrin Praprotnik (Co-Leitung) durchgeführt. Darüber hinaus erfolgt die jährliche Erstellung eines wissenschaftlichen Gesamtberichts auf Basis von Studien bzw. Dokumenten des Landes Niederösterreich unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt. Das Projektmanagement obliegt Dr. Daniela Ingruber.

Die Studien des Demokratieradars verfolgen drei wesentliche Ziele. Erstens sollen die **Einstellungen der Bevölkerung zum Thema Demokratie über die Zeit** hinweg sichtbar gemacht werden. Dazu werden in jeder Befragungswelle zentrale Fragen wiederholt gestellt. Zweitens soll ein jeweils **pro Welle gesetzter Schwerpunkt** die Analyse einer aktuellen Fragestellung rund um das Thema Demokratie ermöglichen. Drittens soll die **disproportionale österreichische Grundgesamtheit zu Gunsten der Bevölkerung aus Niederösterreich** einen Vergleich zwischen den Einstellungen der Menschen in diesem Bundesland zu jenen aus Gesamtösterreich bieten.

Den Schwerpunkt der dritten Welle des Demokratieradars bildet das **Persönliche Engagement für die Demokratie**. Dabei wurde die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den aktuellen Beteiligungsmöglichkeiten abgefragt. Zudem wurde der generellen Bereitschaft sowie den Themenfeldern, in denen sich Menschen künftig gerne beteiligen möchten, nachgegangen. Abschließend wurde auch nach den Gründen gefragt, die für mehr Beteiligung in der Zukunft sprechen bzw. die eine künftige stärkere Beteiligung verhindern.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse der aktuellen Studie. Diese werden sowohl im Vergleich zur Wohnbevölkerung in Niederösterreich als auch im Vergleich zu den ersten beiden Wellen des Demokratieradars dargestellt.

Gesondert gestaltet wurden zwei Tabellenbände (einmal spezifisch für Niederösterreich und einmal für die gesamte Befragung) sowie die graphische Darstellung zentraler Ergebnisse.

2. ECKDATEN DER UNTERSUCHUNG

Die Zielgruppe der Studie ist **die österreichische Wohnbevölkerung ab 16 Jahren**, wobei eine dispropor-tionale Stichprobe zugunsten von Personen aus Niederösterreich gezogen wurde. Insgesamt wurden 2.080 Personen (darunter 800 Personen aus Niederösterreich) entweder telefonisch oder mittels Online-Befragung interviewt.

Die Daten wurden nach unterschiedlichen Kriterien wie etwa Altersgruppen, Geschlecht, Bildungsstand, verfügbarem Geld oder Wohnort ausgewertet. Die Feldarbeit wurde von Triple M Matzka Insights zwischen 2. und 30. September 2025 durchgeführt.

Forschungsdesign

Zielgruppe	Österreichische Wohnbevölkerung, ab 16 Jahre
Befragte	n=2.080 (davon n=800 aus Niederösterreich)
Feldphase	02. September – 30. September 2025
Methode	Kombination von telefonischer Befragung (CATI) und online-Befragung (CAWI)
Auftraggeber	Land Niederösterreich
Ausführendes Institut	Institut für Strategieanalysen (ISA)
Feldarbeit	Triple M Matzka Insights

Der Fragebogen wurde in vier thematische Blöcke gegliedert, die sich auch in der Gliederung dieses Be-richts abbilden: **Bilanz Österreich und österreichische Gesellschaft (Kap. 3.1)**, **Einstellungen zur Demokratie (Kap. 3.2)**, **Einstellungen zur Politik (Kap. 3.3)** und **Per-sönliches Engagement für die Demokratie (Kap. 3.4)**. Gefragt wurde u. a.:

- nach der Bewertung der Entwicklung und der Zu-kunftsansichten Österreichs (**Bilanz Österreich und österreichische Gesellschaft**).
- nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich und dem Reformbedarf in unterschiedlichen Bereichen des politischen Systems (**Einstellungen zur Demokratie**).

- wie groß das Interesse an der Politik ist und wie sehr man der Politik im Allgemeinen, aber auch ver-schiedenen Institutionen und Akteuren im Speziellen ver-traut (**Einstellungen zur Politik**).
- ob man es sich künftig vorstellen kann, sich verstärkt in die Politik einzubringen sowie nach dem politi-schen Thema und der politischen Ebene, auf der man dies gerne tun würde (**Per-sönliches Engage-ment für die Demokratie**).

3. ZENTRALE ERGEBNISSE

3.1 Bilanz Österreich und Gesellschaft

3.1.1 Vergangene Entwicklung

Die **Entwicklung Österreichs** wird **mehrheitlich als eher negativ** eingestuft. Es sind **60 Prozent** die meinen, dass sich Österreich in den vergangenen zwölf Monaten eher negativ entwickelt hat. 27 Prozent nehmen keinerlei Veränderung wahr und nur elf Prozent sehen eine positive Wendung. Die Wahrnehmung in der Gesamtbevölkerung deckt sich mit jener in der niederösterreichischen Bevölkerung.

Dieser Befund ist im Vergleich zur zweiten Welle stabil. Im Vergleich zur ersten Welle bleibt es damit – trotz der überwiegend negativen Bewertungen – bei einer Verbesserung. In der **ersten Welle gaben noch 70 Prozent der Befragten** an, dass sich Österreich in den vergangenen zwölf Monaten **eher negativ** entwickelt habe (gegenüber sieben Prozent eher positiv und 22 Prozent keine Veränderung).

Hinsichtlich der Soziodemographie bleibt der **formale Bildungsgrad ein beeinflussender Faktor** bei der Beurteilung der vergangenen zwölf Monate. Insbesondere Menschen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss unterscheiden sich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mit 16 Prozent eher positiver und 47 Prozent eher negativer Bewertung der Entwicklung (im Vergleich zu elf bzw. 60 Prozent insgesamt). Besonders **negativ in ihren Einschätzungen** zeigen sich aktuell **(Fach-)Arbeiterinnen und -arbeiter**, die zu 73 Prozent eine negative Entwicklung in den vergangenen zwölf Monaten wahnehmen.

In der Steiermark wird die Entwicklung messbar häufiger als zumindest eher positiv wahrgenommen, in Wien messbar häufiger als zumindest eher negativ.

Die im Vergleich zwischen den Altersgruppen häufigere negative Bewertung der Jüngeren, die sich bisher nur in der zweiten Welle gezeigt hatte, wiederholt sich nicht.

Wie bereits aus Welle 1 und Welle 2 bekannt, hängt das **eigene finanzielle Auskommen stark mit der Bewertung der Vergangenheit zusammen**. Exemplarisch können die Anteile der Unzufriedenen verglichen werden: Menschen, die finanziell meist nur knapp auskommen, bewerten zu 72 Prozent die Vergangenheit als eher negativ. Bei Menschen, die nach eigenen Angaben meist genug Geld haben, sind es vergleichsweise nur 48 Prozent.

3.1.2 Erwartete Entwicklung

Für die Zukunft erwarten **48 Prozent** der Befragten auch **weiterhin eine eher negative Entwicklung** und 33 Prozent glauben, dass sich nur wenig ändern wird. Es sind vergleichsweise nur 17 Prozent, die eine eher positive Entwicklung Österreichs in den kommenden Jahren erwarten. Der negative Ausblick ist auch unter der Wohnbevölkerung Niederösterreichs messbar.

Die **Stimmung bleibt somit getrübt** und auch der vergleichsweise positivere Ausblick der zweiten Welle des Demokratieradars ist wieder verschwunden. Denn damals sahen 42 Prozent eine eher negative Entwicklung, 35 Prozent erwarteten wenig Veränderung und 17 Prozent vermuteten einen positiven Trend.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass **junge Menschen bis 29 Jahre weiterhin verstärkt eine negative Entwicklung für die kommenden Jahre erwarten** (55 Prozent eher negativ im Vergleich zu 48 Prozent gesamt). Einen verstärkt negativen Ausblick haben darüber hinaus wiederum (Fach-)Arbeiterinnen und -arbeiter sowie öffentlich Bedienstete.

In Wien erwarten sich die Bewohnerinnen und Bewohner ebenso verstärkt eine eher negative Entwicklung, in Kärnten hingegen eine eher positive. Personen mit nach eigenen Angaben genügend Geld sehen der Zukunft positiver entgegen. Personen mit nach eigenen Angaben meist nicht ausreichend verfügbarem Geld hingegen negativer.

3.1.3 Persönliche Einordnung

Die meisten Menschen haben in Österreich die Sorge, dass sich die Gesellschaft immer weiter aus-einanderentwickelt. 44 bzw. 42 Prozent stimmen einer entsprechenden Aussage sehr bzw. eher zu. Nur neun bzw. vier Prozent sind eher bzw. gar nicht dieser Meinung. Dabei macht es auch keinen Unterschied, ob man auf Gesamt- oder ausschließlich auf Niederösterreich blickt.

Im Vergleich zur zweiten Welle ist der Anteil jener, die sich sehr um die Spaltung der Gesellschaft sorgen **wieder gestiegen**. In der zweiten Welle gaben 40 Prozent an, sich sehr große Sorgen diesbezüglich zu machen. Der aktuelle Wert liegt in etwa auf dem Niveau der ersten Welle mit 46 Prozent jener, die der entsprechenden Aussage sehr zustimmen können.

Wichtig dabei scheint zu betonen, dass **sich dieses Gefühl quer durch die soziodemographischen Gruppen erstreckt** und somit etwa bei Männern und Frauen, bei den verschiedenen Altersklassen und auch den Bildungs- oder Berufsgruppen gleichermassen findet. Sichtbar wird hingegen der Zusammenhang zwischen negativen Bewertungen allgemein – der Vergangenheit, der Zukunft, aber auch der Demokratie – und einem noch stärkeren Gefühl, dass sich die Gesellschaft auseinanderentwickelt.

Darüber hinaus fragt der Demokratieradar zur persönlichen Einordnung der Menschen nach der Zustimmung zu zwei weiteren Aussagen. Diese lauten „Menschen wie ich haben es in Österreich zusehends schwerer.“ sowie „Ich bin mit meiner wirtschaftlichen Situation sehr zufrieden.“ 22 bzw. 32 Prozent stimmen sehr bzw. eher zu, dass es

Personen wie sie selbst zusehends schwerer haben (24 Prozent stimmen eher nicht zu, 20 Prozent stimmen gar nicht zu). 18 bzw. 32 Prozent stimmen sehr bzw. eher zu, dass sie mit ihrer wirtschaftlichen Situation zufrieden sind (28 bzw. 20 Prozent eher nicht bzw. gar nicht). Dies entspricht den Werten aus Niederösterreich.

Interessant ist dabei die Entwicklung in Bezug auf diese beiden Fragen über die Zeit. Während **immer mehr Menschen sehr zustimmen können, dass es Personen wie sie selbst in Österreich zusehends schwerer haben**, sagen **immer weniger Menschen aus, dass sie mit ihrer wirtschaftlichen Situation zufrieden** sind. In der ersten Welle stimmten 16 Prozent der Aussage, dass es Personen wie sie selbst schwerer haben, sehr zu. In der zweiten Welle waren es 20 Prozent, nun sind es 22 Prozent. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Zufriedenheit stimmten in der ersten Welle noch 23 Prozent der Befragten sehr zu, gefolgt von 20 Prozent in Welle 2 und nunmehr 18 Prozent in Welle 3.

3.2 Einstellungen zur Demokratie

3.2.1 Idealmodell und Umsetzung

Der Demokratieradar erkundet die demokratiepolitischen Einstellungen der Menschen auf verschiedene Weise. Insbesondere wird zwischen der allgemeinen Einstellung zum Idealmodell Demokratie auf der einen Seite und der spezifischen Einstellung zur Demokratie, wie sie derzeit in Österreich umgesetzt wird, auf der anderen Seite, unterschieden.

Die **allgemeine Einstellung** wird abgefragt, indem die Personen Ihre Zustimmung oder Ablehnung zur Aussage „**Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, ist aber besser als jede andere Regierungsform.**“ ausdrücken. Insgesamt ist die **Zustimmung zum Idealmodell Demokratie hoch**. 54 Prozent stimmen der Aussage sehr zu und weitere 32 Prozent stimmen ihr eher zu. Das sind in Summe 86 Prozent der Befragten. Es gibt aber sieben bzw. vier Prozent der Personen, die dieser Aussage eher nicht bzw. gar nicht zustimmen. Diese

Verteilung ist in Niederösterreich nicht anders. Die insgesamt hohen Werte sollen allerdings nicht über zwei Dinge hinwegtäuschen: Erstens entsprechen auch nur die vier Prozent einem **Absolutwert von mehr als 300.000 Erwachsenen**, die die Demokratie als bestes Modell für unser Zusammenleben zurückweisen. Zweitens, haben wir im Vergleich zu den ersten beiden Wellen den niedrigsten Zustimmungswert. Während aktuell 54 Prozent der Demokratie als beste Regierungsform sehr zustimmen können, waren es in der zweiten Welle noch 58 Prozent und in der ersten Welle 59 Prozent.

Betrachtet man die Zustimmungswerte innerhalb der einzelnen Altersgruppen, so muss erneut auf die Unterschiede hingewiesen werden, die sich im Vergleich zur zweiten Welle nochmals verdeutlicht haben: **In der Gruppe der bis 29-Jährigen stimmen 42 Prozent der Demokratie als beste Regierungsform sehr zu, im Vergleich zu 67 Prozent in der Gruppe ab 60 Jahren.** In Welle 2 stimmten noch 52 Prozent der Demokratie als beste Regierungsform sehr zu (in der Gruppe ab 60 Jahren waren es auch in der zweiten Welle 67 Prozent).

Hinsichtlich des formalen Bildungsgrades stimmen Personen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss häufiger der Aussage über die Demokratie als Idealmodell sehr zu. Menschen mit einem Pflichtschulabschluss oder einem Lehr- bzw. BMS-Abschluss sind hingegen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung skeptischer. Der gleiche Befund gilt für (Fach-)Arbeiterinnen und -arbeiter.

Finanziell besser gestellte Personen sehen die Demokratie auch häufiger jedenfalls als das Idealmodell an.

Um die **spezifischen Einstellungen** zur Demokratie zu messen, werden die Personen nach dem **Funktionieren der Demokratie in Österreich** befragt. Hier sagen zehn Prozent, dass unsere Demokratie sehr gut funktioniert und 50 Prozent, dass sie eher gut funktioniert. Es sind bereits 26 Prozent, die eine eher schlechte Funktionsweise und elf Prozent, die eine sehr schlechte Funktionsweise wahrnehmen.

Auch in Niederösterreich liegt der Anteil jener, die die heimische Demokratie als zumindest eher gut einstufen, bei rund 60 Prozent.

Niedrigere Zufriedenheitswerte mit der konkreten Art und Weise, wie die Demokratie in Österreich ausgestaltet ist, im Vergleich zum Idealmodell Demokratie sind typisch und erwartbar. Im Vergleich zu den Zufriedenheitswerten mit der **Demokratie in Österreich ist der Wert vergleichbar mit jenem aus Welle 2** (zehn Prozent sehr gut) und im Trend schwächer als jener aus Welle 1 (13 Prozent sehr gut).

Die **Zufriedenheit mit der Demokratie ist weit weniger stark eine Frage des Alters**, auch wenn die ältere Generation eine Spur häufiger, die Generation 30 bis 44 Jahre eine Spur weniger häufig sehr zufrieden ist. Besonders häufig sehr zufrieden sind Personen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss und besonders selten sehr zufrieden sind jene mit einem Lehr- oder BMS-Abschluss sowie (Fach-)Arbeiterinnen und -arbeiter.

Personen, die sich nach eigenen Angaben besonders für die Politik interessieren, bewerten die Demokratie in Österreich häufiger mit sehr gut. Personen, die sich nach eigenen Angaben nicht für die Politik interessieren, bewerten die Demokratie in Österreich häufiger mit sehr schlecht.

3.2.2 Reformbedarf

Für eine zukunftsfitte Demokratie braucht es auch immer wieder Reformen. Der Demokratieradar legt eine Liste möglicher Reformbestrebungen vor und bittet die Befragten anzugeben, inwiefern sie in diesen Bereichen Veränderungen für notwendig halten. Insgesamt muss festgehalten werden, dass **bei allen abgefragten Reformbereichen eine Mehrheit der Befragten zumindest eher einen Veränderungsbedarf ausmacht.**

Den größten Reformbedarf sehen die Menschen hinsichtlich der **stärkeren Bekämpfung von Korruption in der Politik**. Zweidrittel sehen hier jedenfalls einen Reformbedarf und weitere 23 Prozent zumindest eher.

Dahinter folgen gemessen nach der Dringlichkeit für die Menschen die Bereiche unabhängige Medien und besserer Schutz der Pressefreiheit (53 Prozent ja, 29 Prozent eher ja), mehr Transparenz in der Entscheidungsfindung der Regierung (53 bzw. 33 Prozent) sowie mehr politische Bildung (52 bzw. 33 Prozent).

Die weiteren Reformbereiche sind eine stärkere Unabhängigkeit der Justiz, eine stärkere Förderung einer respektvollen politischen Debatte sowie erneut etwas schwächer genannt eine stärkere Regulierung von Lobbyisten und mehr direkte Demokratie.

Am unteren Ende des Reformbedarfs finden sich eine bessere Repräsentation unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in der Politik (33 Prozent ja, 36 Prozent eher ja) sowie mehr Kontrollrechte für die Opposition (31 bzw. 32 Prozent).

Die Ergebnisse können mit jenen aus der zweiten Welle verglichen werden. Die Werte schwanken leicht, die wahrgenommene Dringlichkeit der Reformbereiche entspricht im Wesentlichen aber jener aus Welle 2.

Männer und Frauen unterscheiden sich kaum in ihren Einschätzungen über den Reformbedarf. Einzig in den Bereichen Stärkere Unabhängigkeit der Justiz und Stärkere Regulierung von Lobbyisten sehen Männer besonders häufig einen sehr großen Reformbedarf.

Hinsichtlich der Altersgruppen sind es **vor allem Personen ab 60 Jahren, die in fast allen Bereichen** – die Ausnahmen sind hier bessere Repräsentation unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und unabhängige Medien und besserer Schutz der Pressefreiheit – **messbar häufiger jedenfalls einen Reformbedarf wahrnehmen**. Bereits in Welle 2 hatte die ältere Altersgruppe einen größeren Reformdruck wahrgenommen.

Personen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss sehen in vier von zehn abgefragten

möglichen Reformbereichen einen sehr großen Handlungsbedarf im Vergleich zur Gesamtgruppe. Personen mit einem Lehr- oder BMS-Abschluss in nur einem Bereich, und zwar in jenem für mehr direkte Demokratie. Interessant ist darüber hinaus, dass Personen, die von sich selbst sagen, sehr interessiert an der Politik zu sein, in allen möglichen Reformbereichen außer jenem der besseren Repräsentation unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen messbar häufiger sehr großen Reformbedarf sehen.

3.2.3 Krisensicherheit

Die **Mehrheit der Befragten sieht die Demokratie als krisenfest an**. Jede zweite befragte Person sieht sie als eher schon gefestigt und weitere acht Prozent als sehr gefestigt an. Das bedeutet aber freilich auch, dass bereits 29 Prozent die heimische Demokratie als eher nicht gefestigt und weitere **elf Prozent sie als gar nicht gefestigt ansehen**.

Diese Werte entsprechen in etwa jenen aus den ersten beiden Wellen des Demokratieradars.

In puncto Einschätzung der Krisensicherheit der heimischen Demokratie fallen **keine nennenswerten soziodemographischen Unterschiede auf**. Es gilt hier eher einen Zusammenhang zwischen allgemein positiven Bewertungen – etwa der vergangenen und zukünftigen Entwicklung Österreichs – und einer häufigeren Einschätzung der Demokratie als sehr gefestigt festzustellen.

3.2.4 Nationalstolz

Die **Österreicherinnen und Österreicher sind stolz** auf ihr Land. 39 Prozent der befragten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger geben an, sehr stolz zu sein und weitere 42 Prozent zumindest eher stolz. Demgegenüber sind es vergleichsweise nur zehn Prozent, die eher nicht stolz sind und fünf Prozent, die gar nicht stolz sind. Die Frage wurde nur Personen gestellt, die nach eigenen Angaben die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

Dennoch ist im Vergleich zu den ersten beiden Wellen ein leichter Trend in Richtung eines geringeren

Nationalstolzes auszumachen. Geben aktuell 39 Prozent an, sehr stolz zu sein, taten dies in der zweiten Welle 41 und in der ersten Welle 43 Prozent. Es ist vor allem eine Verschiebung zwischen den beiden Kategorien sehr stolz hin zu eher stolz.

Männer und Personen ab 60 Jahren geben besonders häufig an, sehr stolz auf Österreich zu sein. Personen, die in Wien leben und auch allgemein Personen, die im städtischen Gebiet leben, geben hingegen messbar weniger häufig an, sehr stolz auf Österreich zu sein. Hohes verfügbares Einkommen, eher positive Bewertungen der Vergangenheit und Zukunft, ein sehr großes politisches Interesse und insbesondere eine sehr hohe Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in Österreich stehen in einem positiven Zusammenhang mit einer häufigen Bewertung als sehr stolz.

3.3 Einstellungen zur Politik

3.3.1 Interesse und Vertrauen

Es besteht bei vielen Menschen ein Interesse an der Politik. Ein Drittel gibt an, sehr an der österreichischen Innenpolitik interessiert zu sein und 42 Prozent sind zumindest eher schon daran interessiert. 18 Prozent bzw. sechs Prozent der Menschen in Österreich, sind allerdings nach eigenen Angaben eher nicht bzw. gar nicht an der Politik in Österreich interessiert. Dies entspricht in etwa der Verteilung in Niederösterreich.

Im Zeitverlauf sind dies tendenziell eher geringe Interessenswerte. In Welle 2 zeigten sich 33 Prozent sehr interessiert und 46 Prozent eher schon interessiert. In Welle 1 waren 37 Prozent sehr interessiert und 44 Prozent eher interessiert. Die beiden ersten Wellen erfolgten allerdings auch in zeitlicher Nähe zur Nationalratswahl 2024 und rund um die Bildung der neuen Bundesregierung. Im weiteren Zeitverlauf wird zu beobachten sein, ob sich hier ein Trend manifestiert.

In Bezug auf die soziodemographischen Gruppen zeigen sich **vor allem die Männer häufiger als sehr interessiert**. Hier sind es nach eigenen Angaben 41 Prozent. Bei den Frauen sind es nur 25 Prozent. Darüber hinaus steigen mit zunehmendem Alter und formalem Bildungsgrad jeweils die Anteile derer an, die sich selbst als sehr interessiert bezeichnen. Diese Muster zeigten sich auch in den vorangegangenen Wellen des Demokratieradars.

Weitaus geringere Werte werden hinsichtlich des Vertrauens in die Politik gemessen. Hier geben nur sechs Prozent an, großes Vertrauen zu haben und 38 Prozent meinen, etwas Vertrauen in die Politik zu haben. Es ist ein Drittel der Befragten, die nach eigenen Angaben nur wenig Vertrauen in die Politik in Österreich haben. Dazu kommen nochmals 21 Prozent, die gar kein Vertrauen besitzen.

Diese geringen Vertrauenswerte sind im Zeitverlauf als stabil zu betrachten.

Hervorzuheben sind zwei Befunde aus den Untergruppen: In der Gruppe jener, deren Geld nach eigenen Angaben meist knapp ist, sind es 32 Prozent, die angeben, gar kein Vertrauen in die Politik zu haben (im Vergleich zu 21 Prozent gesamt). In der Gruppe jener, die angeben gar nicht an der Politik interessiert zu sein, geben sogar 52 Prozent an, auch gar kein Vertrauen in die Politik zu haben.

Der Demokratieradar fragt nicht nur nach dem allgemeinen Vertrauen in die heimische Politik, sondern legt auch eine Liste an konkreten Institutionen und Akteuren vor und bittet um die Einstufung hinsichtlich des Vertrauens diesen gegenüber. **Zwei Akteure führen die Vertrauensliste klar an.** An erster Stelle steht die **Wissenschaft (43 Prozent großes Vertrauen, 38 Prozent etwas Vertrauen)** und an zweiter Stelle die **Polizei (37 bzw. 43 Prozent)**. Dahinter folgen das Bundesheer (29 bzw. 43 Prozent) und die Justiz/Gerichte (28 bzw. 44 Prozent).

Bereits mit messbarem Abstand in den Vertrauenswerten liegen die öffentliche Verwaltung (15 Prozent großes Vertrauen und 44 etwas Vertrauen), das Parlament (14 bzw. 36 Prozent), die Europäische Union (zwölf bzw. 32

Prozent), die Bundesregierung (zehn bzw. 33 Prozent) und die klassischen Medien wie Zeitung, TV oder Radio (neun bzw. 35 Prozent).

Die **beiden Schlusslichter im Vertrauensranking** sind die **sozialen Medien** (fünf Prozent großes Vertrauen, 16 Prozent etwas Vertrauen) und die **politischen Parteien** (vier bzw. 26 Prozent).

Das Gesamtranking entspricht auch jenem der ersten beiden Wellen des Demokratieradars.

Ähnlich wie in Welle 2 sind es wiederum die jungen Menschen bis 29 Jahren, die mehreren Institutionen und Akteuren im Vergleich zur Gesamtbevölkerung messbar weniger häufig ein großes Vertrauen entgegenbringen: In dieser Gruppe vertrauen sehr dem Bundesheer 19 Prozent (im Vergleich zu 29 Prozent gesamt), der Polizei 24 Prozent (37 Prozent gesamt), der Justiz/den Gerichten 21 Prozent (28 Prozent gesamt), der Wissenschaft 33 Prozent (im Vergleich zu 43 Prozent gesamt).

Hingegen bringen **junge Menschen bis 29 Jahren der Europäischen Union** (17 Prozent großes Vertrauen im Vergleich zu zwölf Prozent gesamt) und den **sozialen Medien** (neun Prozent großes Vertrauen im Vergleich zu fünf Prozent gesamt) messbar häufiger ein hohes Maß an Vertrauen entgegen.

Zwischen Männern und Frauen lassen sich keine systematischen Unterschiede im Vertrauen gegenüber den verschiedenen Institutionen und Akteuren feststellen. Ein Universitäts- und FH-Abschluss geht tendenziell mit höheren Vertrauenswerten einher. Das gleiche gilt für allgemeine positive Bewertungen der Gesamtsituation.

3.3.2 Entscheidungsfindung und Bürgerbeteiligung

In der österreichischen Bevölkerung besteht ein starker Wunsch nach direktdemokratischer Beteiligung. Die Befragten wurden gebeten, zwischen zwei Aussagen zu wählen und sich somit festzulegen, wer hauptsächlich für die Gesetzgebung

verantwortlich sein und damit die politischen Entscheidungen treffen soll. **49 Prozent – und damit praktisch jede zweite befragte Person** – meinen, dass politische Entscheidungen in erster Linie von der Bevölkerung direkt getroffen werden sollen. 42 Prozent sagen, dass dies in erster Linie eine Aufgabe der Parteien im Parlament sein soll. Acht Prozent wollen sich bei dieser Auswahl nicht festlegen.

In Niederösterreich ist das Ergebnis in der Tendenz sogar noch stärker ausgeprägt. Hier sagen 53 Prozent, dass es in erster Linie die Bevölkerung sein soll, die die Entscheidungen trifft (39 Prozent die Parteien, acht Prozent keine Angabe).

Der Wunsch nach direktdemokratischer Einbindung war auch bereits in der zweiten Welle erkennbar, wo sich vergleichbare 48 Prozent für die Bevölkerung als hauptsächliche Entscheiderin und 44 Prozent für die Parteien ausgesprochen haben (acht Prozent keine Angabe).

Es sind vor allem **junge Menschen bis 59 Jahre, Menschen mit einem Lehr- oder BMS-Abschluss sowie (Fach-)Arbeiterinnen und -arbeiter, die sich messbar häufiger die Bevölkerung als hauptsächliche Entscheidungsträgerin wünschen**. Diese Gruppen hatten auch bereits in der zweiten Welle einen besonders starken Wunsch für die direktdemokratischen Entscheidungen geäußert. Ebenso stabil aus der vorherigen Welle ist die Verbindung mit dem politischen Interesse und gerade jene Personen, die angeben, sich gar nicht für Politik zu interessieren, würden die hauptsächliche politische Entscheidungsmacht besonders häufig bei der Bevölkerung sehen wollen.

Wer mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich zumindest eher zufrieden ist, der möchte verstärkt die Verantwortung in der Gesetzgebung auch bei den Parteien sehen. Wer mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich zumindest eher nicht zufrieden ist, will die Bevölkerung am Ruder wissen.

3.3.3 Politisches Effektivitätsgefühl

Die grundlegende Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Politik lässt sich anhand des sogenannten politischen Effektivitätsgefühls messen. Dabei werden das interne und das externe politische Effektivitätsgefühl unterschieden. Das **interne Effektivitätsgefühl** misst, inwiefern **Personen sich selbst als kompetent in politischen Fragen wahrnehmen**. Die dazugehörige Aussage, die den Befragten vorgelegt wird, lautet: „Politik ist manchmal so kompliziert, dass Leute wie ich kaum noch verstehen, was passiert.“ 51 Prozent können dieser Aussage zustimmen (18 Prozent stimmen eher zu, 33 Prozent stimmen eher zu).

Das externe Effektivitätsgefühl fragt nach, inwiefern Personen meinen, dass sie einen Einfluss auf die Politik nehmen können. Der Demokratieradar fragt hierfür nach der Zustimmung zu der Aussage „Menschen wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ und die Mehrheit der Befragten kann dieser Aussage zustimmen (35 bzw. 34 Prozent).

Diese Befunde sind auch für Niederösterreich zutreffend, wobei hier in der Tendenz sogar noch mehr Personen der Aussage, dass man selbst keinen Einfluss auf die Regierungsarbeit hat, sehr zustimmen können (39 Prozent in NÖ im Vergleich zu 35 Prozent gesamt).

Bereits in der zweiten Welle des Demokratieradars konnte man erkennen, **dass die persönlich wahrgenommene Überforderung mit der Politik für viele Menschen Realität** ist. Damals stimmten 17 bzw. 34 Prozent zumindest eher der Aussage zu, dass Politik für sie manchmal zu kompliziert ist. Damals wie heute sind es rund die Hälfte der Personen, die sich beim Thema Politik schwertun.

31 Prozent der Personen mit einem Pflichtschulabschluss und 29 Prozent der bis 29-Jährigen stimmen der Aussage, dass die Politik zu kompliziert ist, sehr zu (im Vergleich zu 18 Prozent gesamt). **Ebenso stuften sich Frauen insgesamt schwächer in politischen Fragen ein** (21 Prozent stimmen sehr zu, dass die

Politik zu kompliziert ist), Männer hingegen besser (15 Prozent). Auch in dieser Frage sind es vor allem die politisch Desinteressierten, die die Politik als zu kompliziert einstufen. In der Gruppe jener, die politisch gar nicht interessiert sind, sind es 42 Prozent.

Beim **externen politischen Effektivitätsgefühl** haben sich die **Werte im Vergleich zur zweiten Welle sogar verschlechtert**. Damals stimmten vergleichsweise nur 30 bzw. 36 Prozent der Aussage, sie selbst haben keinen Einfluss auf die Regierung, sehr bzw. eher zu (im Vergleich zu 35 bzw. 34 Prozent in der aktuellen Welle 3).

Insbesondere Menschen mit einem Lehr- oder BMS-Abschluss sowie (**Fach-)Arbeiterinnen und -arbeiter (hier ist es sogar gut jede zweite Person!)** haben den Eindruck, keinerlei Einfluss auf das Regierungshandeln nehmen zu können. Interessant ist, dass sich Frauen zwar weniger politisch selbst zutrauen, sich in ihrem Antwortverhalten in Bezug auf das externe Effektivitätsgefühl und damit den Einfluss auf die Regierung nicht unterscheiden.

Ebenfalls besonders hervorzuheben sind die folgenden Muster: In Bezug auf das interne politische Effektivitätsgefühl gibt es keinen Zusammenhang mit der Bewertung des Funktionierens der Demokratie. Hinsichtlich des **externen politischen Effektivitätsgefühls** lässt sich allerdings sehr wohl **ein Zusammenhang feststellen**. Menschen, die mit dem Funktionieren der Demokratie eher oder sehr unzufrieden sind, stimmen messbar häufiger der Aussage zu, dass sie keinen Einfluss auf das Regierungshandeln haben. In der Gruppe, die meinen, die Demokratie funktioniert sehr schlecht, meinen 68 Prozent, dass sie gar keinen Einfluss haben. Insgesamt geht eine negative Bewertung im Allgemeinen mit einem Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber der Regierung einher.

3.3.4 Bürgerbeteiligung

Politische Partizipation bedeutet sicherlich die Teilnahme an einer Wahl, kann sich aber darüber hinaus anhand verschiedenster Tätigkeiten zeigen. Der Demokratieradar fragt nach der politischen Beteiligung in den vergangenen zwölf Monaten anhand einer vorgelegten Liste von acht Beteiligungsformen.

Insgesamt **74 Prozent der Befragten** geben an, sich in den letzten zwölf Monaten **an einer Wahl beteiligt** zu haben. Aufgrund des Befragungszeitraums fiel darunter für die meisten Befragten noch knapp die Nationalratswahl im Herbst 2024. Gereiht nach der Häufigkeit folgen bereits mit großem Abstand die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung (41 Prozent ja) und die ehrenamtliche Betätigung (31 Prozent).

Es sind **22 Prozent der Befragten**, die angeben, in den vergangenen zwölf Monaten **einen Politiker oder eine Politikerin kontaktiert** zu haben, und 21 Prozent, die sich in diesem Zeitraum in einer sozialen Bewegung engagiert haben. Wiederum messbar weniger Menschen haben an einer Demonstration teilgenommen (14 Prozent), in einer Partei oder Bürgerinitiative mitgearbeitet (zwölf Prozent) oder ein Abzeichen bzw. einen Aufkleber getragen oder irgendwo befestigt (neun Prozent).

Die Beteiligung in Niederösterreich entspricht den Zahlen, die in Gesamtösterreich gemessen werden.

Im Vergleich zur zweiten Welle des Demokratieradars lassen sich hier keine Änderungen feststellen. Einzig die Teilnahme an einer Wahl wurde mit 83 Prozent stärker gemessen. Dies liegt vermutlich an der zeitlichen direkten Nähe zur Nationalratswahl.

Es ist anzumerken, dass hinsichtlich der Wahlbeteiligung **die Jungen weniger häufig angeben, sich bei einer Wahl beteiligt** zu haben. Bei Personen bis 29 Jahre sagen dies 62 Prozent. Dieser Wert steigt bei Personen ab 60 Jahren auf 79 Prozent an. **Bei Jüngeren Menschen ist es vor allem die Demonstrationsmöglichkeit**, die von dieser Gruppe vergleichsweise häufig genutzt wird.

Insgesamt zeigt sich klar, **wenn Personen einmal für die Politik interessiert sind, dann äußert sich das auch durch regere politische Partizipation** in verschiedenen Ausprägungen.

3.3.5 Aktivitäten in Institutionen und Vereinen

Rund ein Drittel der Befragten ist in Freizeitvereinen wie etwa einem Sport- oder Musikverein aktiv. Die Teilnahme an anderen Institutionen bzw. Vereinen ist bereits deutlich seltener gegeben: 18 Prozent sind bei einer ehrenamtlichen Institution (z.B. Freiwillige Feuerwehr, Rettungsorganisationen) und jeweils elf Prozent sind bei einer politischen Institution (z.B. Gemeinderat, Gewerkschaft oder Partei) oder einer Bildungs- und Jugendeinrichtung (z.B. Elternbeirat, Bildungsinitiative, Pfadfinder) tätig. Diese Zahlen entsprechen der Verteilung in Niederösterreich.

Im Vergleich zu den ersten beiden Wellen des Demokratieradars lassen sich hier **keine Unterschiede im Freizeitverhalten der Menschen in Österreich** erkennen.

Wie bereits in der vorherigen Welle bekannt, sind **Männer deutlich häufiger in einem Freizeitverein aktiv** als Frauen. Es geben 39 Prozent der Männer, aber vergleichsweise nur 27 Prozent der Frauen an, in ihrer Freizeit in einem Verein aktiv zu sein.

Menschen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss, öffentlich Bedienstete sowie Selbstständige, sind häufiger in Freizeitvereinen aktiv. Menschen aus Wien sowie Personen im städtischen Gebiet allgemein bzw. Personen mit eher wenig Geld hingegen weniger häufig.

3.4 Persönliches Engagement für die Demokratie

3.4.1 Zufriedenheit Beteiligungsmöglichkeiten

Den Schwerpunkt der dritten Welle des Demokratieradars bildet das persönliche Engagement für die Demokratie. Insgesamt zeigen sich die Befragten mit den politischen Beteiligungsmöglichkeiten abseits von Wahlen – und damit Instrumenten wie etwa Volksbegehren oder Volksabstimmungen – **zufrieden**. Zehn Prozent sind damit sehr zufrieden und weitere 45 Prozent sind

eher zufrieden. Das bedeutet aber auch, dass sich knapp 40 Prozent negativ äußern (26 Prozent eher nicht zufrieden, zwölf Prozent gar nicht zufrieden). Sieben Prozent möchten bei dieser Frage keine Angabe machen. Die niederösterreichischen Werte sind in dieser Frage ähnlich jenen der Gesamtbevölkerung.

Es gibt interessanterweise in dieser Frage keine großen Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen. **Männer und Frauen sowie die unterschiedlichen Alters- und auch Berufsklassen weisen sehr ähnliche Bewertungen auf.** Einzig Personen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss zeigen sich häufiger sehr zufrieden (16 Prozent sehr zufrieden im Vergleich zu zehn Prozent gesamt). Insgesamt sind Personen mit einer allgemeinen positiven Bewertung auch zufriedener mit den Beteiligungsmöglichkeiten abseits von Wahlen. Das gilt auch für Personen mit nach eigenen Angaben ausreichendem Einkommen.

3.4.2 Sinnhaftigkeit Beteiligungsmöglichkeiten

Die insgesamt positive Haltung gegenüber den Beteiligungsmöglichkeiten spiegelt sich auch bei der Bewertung der Sinnhaftigkeit konkreter Instrumente wider. **Alle fünf abgefragten Instrumente werden mehrheitlich als zumindest eher schon sinnvoll eingestuft.**

Die **höchste Sinnhaftigkeit** in den Augen der Befragten hat das **Instrument der Volksabstimmung**, bei dem die Bevölkerung verbindlich darüber entscheidet, ob ein bereits beschlossenes Gesetz auch in Kraft treten soll. **51 Prozent halten dieses Instrument für sehr sinnvoll** und weitere 36 Prozent für eher schon sinnvoll.

Ähnlich hohe Werte erhalten die Instrumente Volksbefragung und damit eine rechtlich unverbindliche Nachfrage der Politik bei der Bevölkerung (48 Prozent sehr sinnvoll, 36 Prozent eher schon sinnvoll) sowie das Volksbegehren und damit eine rechtlich unverbindliche Forderung der Bevölkerung an die Politik (46 bzw. 37 Prozent).

Bereits **messbar weniger häufig als sehr sinnvoll eingestuft** werden die vergleichsweise jüngeren Instrumente der **Stellungnahme** und damit der Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger etwa Gesetzesentwürfe im parlamentarischen Prozess zu kommentieren (29 Prozent sehr sinnvoll, 40 Prozent eher schon sinnvoll) und der **Bürgerrat** und damit das Diskutieren und Ausarbeiten politischer Empfehlungen durch zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger (24 bzw. 39 Prozent).

Die Werte aus Niederösterreich sind hier ähnlich zur Gesamtbevölkerung und liegen mit Ausnahme des Bürgerrates in der Bewertung „sehr sinnvoll“ nur ein bis drei Prozentpunkte über den österreichweit gemessenen Werten.

Die Unterschiede in den soziodemographischen Gruppen sind bei der Bewertung der Sinnhaftigkeit der verschiedenen direktdemokratischen Instrumente eher gering. Es gibt keinerlei messbare Unterschiede im Antwortverhalten von Männern und Frauen. Volksabstimmungen hält besonders die mittlere Altersklasse der 45- bis 59-Jährigen für sehr sinnvoll, bei den älteren Personen ab 60 Jahren trifft dies vor allem auf Bürgerräte zu. Volksabstimmungen halten vor allem Maturantinnen und Maturanten häufiger für sehr sinnvoll, bei den Volksbegehren trifft dies auf Personen mit einem Lehr- oder BMS-Abschluss zu. Anzumerken ist, dass die Gruppe der sehr Interessierten an der Politik alle abgefragten direktdemokratischen Instrumente verstärkt als sehr sinnvoll einstuft.

Relevant ist in diesem Zusammenhang vor allem das **Antwortverhalten der Gruppe jener, die das Funktionieren der Demokratie in Österreich als sehr schlecht einstuft**. Es zeigt sich, dass diese Personen die **direktdemokratischen Instrumente Volksabstimmung, Volksbefragung und Volksbegehren besonders häufig als sehr sinnvoll einstufen**. In der Gruppe jener, die meinen, die österreichische Demokratie funktioniert sehr schlecht, halten 66 Prozent Volksabstimmungen für sehr sinnvoll und 23 Prozent für eher sinnvoll (im Vergleich zu 51 bzw. 36 Prozent gesamt). **Mit den vergleichsweisen neueren Instrumenten wie Bürgerrat oder Stellungnahme kann diese Gruppe nicht wesentlich mehr/weniger als die Gesamtbevölkerung anfangen.**

3.4.3 Beteiligung nach Themenbereichen

Der Demokratieradar wollte zudem wissen, **zu welchen politischen Themen** sich die Befragten eine Beteiligung vorstellen können. Die besten Werte erzielen die Bereiche **Soziales und Gesundheit** (30 Prozent kann ich mir vorstellen, 37 Prozent kann ich mir eher vorstellen), **Migration und Integration** (29 bzw. 28 Prozent), **Bildung** (29 bzw. 33 Prozent) sowie **Gesundheit und Pflege** (28 bzw. 33 Prozent). Bereits weniger stark ausgeprägt ist die Bereitschaft zur politischen Beteiligung für die Themenbereiche Umwelt und Klimaschutz, Wirtschaft und Arbeit, Innere Sicherheit, Infrastruktur und Verkehr sowie Justiz und Demokratie mit Werten zwischen 25 und 20 Prozent in der höchsten Kategorie „kann ich mir vorstellen“ und Werten zwischen 35 und 30 Prozent in der zweithöchsten Kategorie „kann ich mir eher schon vorstellen“.

Am **Ende der Skala** liegen die Themen **Kunst und Kultur, Finanzen und Steuern, Europäische Union, Landwirtschaft und Außenpolitik**. Hier liegen die Werte der Bereitschaft bei unter 20 Prozent und jene Werte der zweithöchsten Kategorie bei unter 30 Prozent.

Diese Verteilung nach Themenbereichen entspricht auch den Werten, die in Niederösterreich gemessen werden.

Männer und Frauen weisen in dieser Frage durchaus eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung auf. **Es sind die Themenbereiche Außenpolitik, Europäische Union, Finanzen und Steuern, Infrastruktur und Verkehr und Innere Sicherheit sowie Wirtschaft und Arbeit** bei denen es sich männlich Befragte jeweils verstärkt sicher vorstellen können, sich zu beteiligen und weibliche Befragte sich jeweils unterdurchschnittlich eine verstärkte Beteiligung sicher vorstellen können. Tendenziell sind es die Gruppen der älteren Personen ab 60 Jahren und jene mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss, die eine höhere Bereitschaft zur politischen Partizipation aufweisen.

Es ist wiederum die Gruppe der sehr an der Politik interessierten, die sich quer durch alle politischen Themenbereiche besonders häufig in Zukunft jedenfalls eine verstärkte Beteiligung vorstellen kann.

Auch hier gilt es wiederum ein besonderes Augenmerk auf die **Gruppe jener** zu legen, die das Funktionieren der Demokratie als sehr schlecht bewerten. Besonders häufig kann sich diese Gruppe jedenfalls eine **politische Beteiligung in den Bereichen Finanzen und Steuern, Innere Sicherheit sowie Migration und Integration** vorstellen.

3.4.4 Stärkere Beteiligung

Nicht jede Person kann sich vorstellen, sich künftig verstärkt in die Politik einzubringen. 35 Prozent können es sich nicht vorstellen und weitere 28 Prozent können es sich eher nicht vorstellen. Diesen Zahlen stehen allerdings **22 bzw. 13 Prozent gegenüber, die es sich eher bzw. jedenfalls schon vorstellen können**, sich künftig selbst verstärkt in die Politik einzubringen.

In **Niederösterreich** sagen vergleichsweise viele Menschen (41 Prozent im Vergleich zu 35 Prozent gesamt), dass **sie es sich nicht vorstellen können, sich künftig verstärkt in die Politik einzubringen**.

Männer können es sich im Vergleich zu Frauen häufiger vorstellen, sich in Zukunft verstärkt in die Politik einzubringen. Von den Männern sagen 16 Prozent ein klares Ja und 30 Prozent ein klares Nein (24 Prozent eher ja, 27 Prozent eher nein). Von den Frauen sagen neun Prozent ein klares Ja und 40 Prozent ein klares Nein (20 Prozent eher ja, 28 Prozent eher nein).

Es fällt auf, dass in der **Gruppe jener, deren höchster formaler Bildungsgrad die Pflichtschule ist, jede zweite befragte Person eine künftige verstärkte Beteiligung in der Politik kategorisch ausschließt** (52 Prozent nein im Vergleich zu 35 Prozent gesamt).

Interesse an der Politik und die Bereitschaft sich künftig auch mehr daran zu beteiligen stehen wenig überraschend in einem positiven Zusammenhang zueinander.

Jene Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich sehr unzufrieden sind, weisen **kein besonderes Antwortverhalten** hinsichtlich ihrer künftigen Pläne zur politischen Partizipation auf.

Jene Menschen, die sich vorstellen können, sich künftig verstärkt in die Politik einzubringen, wurden nach den **Gründen** dahingehend gefragt. Die am häufigsten genannten Antworten sind **Demokratie braucht mehr Beteiligung (55 Prozent)** und **Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik (52 Prozent)**. Die Unzufriedenheit mit der Politik wurde bei den Befragten aus Niederösterreich weniger häufig als Grund genannt (46 Prozent im Vergleich zu 52 Prozent gesamt). Diese Frage wurde nur jenen Personen gestellt, die sich künftig zumindest eher verstärkt in die Politik einbringen wollen und es waren Mehrfachnennungen möglich.

3.4.5 Ebene stärkere Beteiligung

Die **Gemeindepolitik** liegt den Menschen nicht nur räumlich am nächsten, es ist auch **jene politische Ebene, auf der sich die Menschen eine eigene Beteiligung am ehesten vorstellen könnten**. 42 Prozent nennen die Gemeindepolitik auf die Frage nach der politischen Ebene, bei der sie sich ein Engagement am ehesten vorstellen können. Dahinter folgen die **Bundespolitik (23 Prozent)**, die **Landespolitik (18 Prozent)** und die **Europapolitik (zehn Prozent)**. Sieben Prozent machen zu dieser Frage keine Angabe.

Dies entspricht in etwa der Verteilung in Niederösterreich, wobei in der Tendenz hier mehr Menschen für eine Beteiligung auf der Gemeindeebene und weniger für eine Beteiligung auf der Landesebene offen wären.

Diese Frage wurde nur jenen Personen gestellt, die sich künftig zumindest eher verstärkt in die Politik einbringen wollen.

Insgesamt sind die soziodemographischen Unterschiede hier auffallend gering. Interessant ist allerdings, dass sich **junge Menschen besonders häufig eine politische Beteiligung auf der EU-Ebene vorstellen können** (28 Prozent dieser Gruppe wählen die Europapolitik aus, im Vergleich zu zehn Prozent gesamt).

3.4.6 Gründe keine stärkere Beteiligung

Jenen Personen, die es sich künftig zumindest eher nicht vorstellen können, sich verstärkt in die Politik einbringen zu wollen, wurde ebenfalls die Frage nach den **Gründen** hierfür gestellt. Wiederum konnten die Befragten mehr als eine Antwort angeben. Die beiden häufigsten Antworten sind **Zeitmangel (34 Prozent)** und das **Gefühl, nichts bewirken zu können (31 Prozent)**. Der **Zeitmangel** ist insbesondere eine **Antwort, die in Niederösterreich häufig gegeben wird**. Hier sind es 40 Prozent der Personen, die dies als Grund nennen, warum sie auch in Zukunft keine stärkere Beteiligung in der Politik planen.

Der **Zeitmangel** wird besonders häufig in den Gruppen der **30- bis 59-Jährigen** genannt und auch in **den Gruppen der Berufstätigen und Angestellten**. Das Gefühl, nichts bewirken zu können, wird vor allem in der Gruppe der bis 29-Jährigen sowie unter (Fach-)Arbeiterinnen und -arbeitern genannt.

Impressum

Institut für Strategieanalysen GmbH Parkring 12/3/87f
1010 Wien

Tel.: +43 (0)1 974 43 30
Mail: office@strategieanalysen.at

UID: ATU63793513
Firmenbuchnummer 302301k, Handelsgericht Wien



Die Studie wurde im Auftrag des Landes Niederösterreich durchgeführt und ist auch Teil der Projektplattform Netzwerk Politische Kommunikation (netPOL).

strategieanalysen.at